



Presseschau vom 07.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Mainzer Impfstoffhersteller BioNTech will mehr Geld vom Staat**

Bei der Entwicklung ihrer Impfstoffe profitieren Pharmafirmen von der Grundlagenforschung an staatlich unterstützten Universitäten. In der COVID-19-Pandemie bekamen sie zusätzliche Millionenhilfen vom Staat. Jetzt will BioNTech weitere 400 Millionen an Staatsgeldern.

<https://kurz.rt.com/2f2q>

Susan Bonath: **Tausende "unerwünschte Reaktionen": COVID-19-Impfung mit vielen Nebenwirkungen**

Nur die Spitze des Eisbergs? Eine deutsche Behörde meldet 113 Todesfälle nach COVID-19-Impfungen bis Ende Januar, die EMA verzeichnet Zehntausende teils schwere Nebenwirkungen in Europa. Das Interesse an der Aufklärung der Fälle scheint eher gering zu sein. ...

<https://kurz.rt.com/2f2g>

de.rt.com: **RIAC analysiert: Wie Russland auf einen US-Krieg gegen den Iran reagieren würde**

Die Vorstellung, dass Russland in einen möglichen Krieg zwischen den USA und dem Iran direkt eingreifen würde, ist ebenso falsch wie die, dass Moskau sich einfach zurücklehnen und einer großen Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Region zuschauen würde. ...

<https://kurz.rt.com/2ev6>

abends/nachts:

de.rt.com: **Telegram sperrt nach Demos für Nawalny Kanäle mit Personaldaten von Polizisten und Protestlern**

Telegram hat nach den russlandweiten Demos für Alexei Nawalny mehrere Kanäle gesperrt, auf denen Personaldaten von Polizisten wie auch Teilnehmern der nicht genehmigten Kundgebungen veröffentlicht wurden. Der Messaging-Dienst sieht darin einen Verstoß gegen seine Regeln.

Der Instant-Messaging-Dienst Telegram hat nach Angaben seines Gründers Pawel Durow mehrere Kanäle blockiert, auf denen Personaldaten von Teilnehmern der nicht genehmigten Unterstützungskundgebungen für den Oppositionellen Alexei Nawalny veröffentlicht worden waren. Durow zufolge wurden auch Kanäle gelöscht, die unter anderem Adressen und Telefonnummern von Polizisten publik gemacht hatten, die bei den russlandweiten Demonstrationen im Einsatz gewesen waren. Betroffen waren auch Staatsanwälte, Richter und Journalisten.

Der Telegram-Entwickler rief die Nutzer dazu auf, weder Personaldaten anderer Menschen noch Aufrufe zur Gewalt zu verbreiten:

"Eine solche Verwendung von Telegram widerspricht direkt unseren Regeln, die jegliche öffentlichen Aufrufe zur Gewalt untersagen. Unter Berücksichtigung der Emotionalisierung der Umstände in Russland haben wir die Situation gründlich analysiert, um mit einer voreiligen Entscheidung keinen Schaden anzurichten."

Durow begründete die Löschung der Kanäle auch damit, dass Apple seit mehr als einer Woche angesichts der illegalen Inhalte eine dringliche Aktualisierung der App für das Betriebssystem iOS nicht genehmige. Telegram werde seine Richtlinien unabhängig von politischen Ansichten der Regelverletzer konsequent durchsetzen.

Zuvor hatte die russische Zeitung Kommersant berichtet, dass nach den nicht genehmigten Unterstützungsdemos für Nawalny am 23. Januar auf Telegram ein Kanal mit Personaldaten von Sicherheitskräften aufgetaucht war, die Demonstranten festgenommen haben sollen. Am 1. Februar forderte der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskommnadsor) den Instant-Messaging-Dienst auf, die illegale Verbreitung von Personaldaten einzustellen. Die Behörde verwies dabei darauf, dass eine Veröffentlichung von Personaldaten ohne Genehmigung der jeweiligen Person sowohl dem russischen Recht als auch den Richtlinien von Telegram widerspreche. Außerdem stelle dies eine Gefahr für die Betroffenen dar.

Am 23. und 31. Januar hatten in ganz Russland Protestdemos stattgefunden, zu denen Nawalnys Team aufgerufen hatte. Die Behörden warnten die Bevölkerung vor einer Teilnahme an den nicht genehmigten Aktionen wegen der COVID-19-Pandemie. Am 29. Januar bestellte Roskommnadsor Vertreter von TikTok, Facebook, Telegram und VKontakte ein, um die führenden sozialen Netzwerke über deren Verantwortung rund um Aufrufe zu illegalen Kundgebungen aufzuklären. Die sozialen Medien wurden aufgefordert, solche Aufrufe zu löschen. Bei den Protesten gab es hunderte Festnahmen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/601e4c9b48fbef4cec62c44e.JPG>

snanews.de: „Favorit im Kampf gegen Corona-Pandemie“: Bloomberg lobt russischen Impfstoff „Sputnik V“

Mit der Entwicklung des Impfstoffs gegen das neuartige Coronavirus „Sputnik V“ erlebt Russland laut der Agentur Bloomberg seinen wohl größten wissenschaftlichen Durchbruch seit der Sowjetzeit.

Die russische Vakzine „Sputnik V“, die im Westen zunächst mit Skepsis betrachtet worden sei, sei heute weltweit zum „Favoriten“ im Kampf gegen die Corona-Pandemie geworden, berichtet Bloomberg am Samstag.

Die Länder würden für die „Sputnik V“-Lieferungen anstehen, nachdem in dieser Woche im medizinischen Fachjournal „The Lancet“ die Ergebnisse der Phase III der klinischen Studien veröffentlicht worden seien, hieß es. Diese hätten gezeigt, dass der russische Impfstoff ähnlich wie die US-amerikanische und europäische Vakzine vor dem tödlichen Virus schützen würde und viel wirksamer als seine chinesischen Konkurrenten sei. Demnach würde die Wirksamkeit von „Sputnik V“ bei 91,6 Prozent liegen.

Mindestens 20 Länder, darunter der EU-Mitgliedsstaat Ungarn, hätten „Sputnik V“ genehmigt, während Schlüsselmärkte wie Brasilien und Indien kurz davor stehen würden, das Serum ebenfalls zuzulassen. Auch den EU-Markt habe Russland nun im Visier, da die EU angesichts der Versorgungsengpässe für ihr Impfprogramm zu kämpfen habe, so Bloomberg.

Im globalen Kampf gegen die Corona-Pandemie habe der Wettlauf um den Impfstoff eine geopolitische Bedeutung erlangt, da die Regierungen jetzt versuchen würden, den enormen sozialen und wirtschaftlichen Schaden zu bewältigen, den die strengen Maßnahmen zur Virus-Bekämpfung verursacht hätten. Dies würde Russland einen Vorteil verschaffen, als einem von wenigen Ländern, in denen die Wissenschaftler einen wirksamen Schutz gegen das Coronavirus geschaffen hätten, hieß es weiter. ...

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Februar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorien weiter Detonationen von Sprengeinrichtungen festgestellt:

10:30 und 12:20 Uhr im Gebiet von Solotoje-4.

de.rt.com: **Maas verspricht weißrussischer Opposition Millionen: "Der Geist der Demokratie ist aus der Flasche"**

Deutschland will die Zivilgesellschaft in Weißrussland mit bis zu 21 Millionen Euro fördern. Laut Außenminister Heiko Maas sollen im Rahmen des Aktionsplans Medien und Studierende unterstützt werden. Außerdem will Deutschland verfolgten Weißrussen Zuflucht gewähren. Der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) hat bei einer Online-Solidaritätskonferenz für Weißrussland der Opposition im osteuropäischen Land mehrere Millionen Euro Unterstützung in Aussicht gestellt. Der SPD-Politiker bezeichnete am Samstag die im August 2020 durchgeführten Präsidentschaftswahlen in der Republik Belarus als gefälscht. Dabei lobte er die Teilnehmer der Protestzüge und insbesondere die Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja:

"Der Geist der Demokratie ist aus der Flasche – und zurückstecken kann man ihn nicht. In den letzten Monaten sind in Belarus viele zu Heldinnen und Helden geworden: Künstler, medizinisches Personal, Studierende, alte Menschen – und die belarussischen Frauen. Und besonders Du, liebe Swetlana. Dein Mut hat so viele Menschen in Belarus und andernorts inspiriert."

Maas versicherte dabei, dass Deutschland und die Europäische Union an der Seite der friedlichen Demonstranten stünden, und verwies auf die verhängten Sanktionen gegen den weißrussischen Staatschef Alexander Lukaschenko und "sein Regime".

Außerdem erwähnte der SPD-Politiker einen mit bis zu 21 Millionen Euro dotierten "Aktionsplan Zivilgesellschaft Belarus". Maas zufolge sollten mit dem Geld Studierende und unabhängige Medien unterstützt werden. Zudem könnten mit der von der Bundesregierung beschlossenen Initiative verfolgte Oppositionelle leichter Zuflucht in Deutschland bekommen. Der Außenminister sagte, Deutschland werde auch einen Mechanismus einrichten, um Beweise gegen diejenigen zu sammeln, die Menschenrechte verletzen:

"Es wird der Tag kommen, an dem sie zur Rechenschaft gezogen werden."

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel thematisierte am Samstag die Situation in der Republik Belarus in ihrer wöchentlichen Videobotschaft. Die CDU-Politikerin forderte sechs Monate nach der von Deutschland und der EU nicht anerkannten Wahl in Weißrussland ein Ende der Gewalt gegen friedliche Demonstranten:

"Wir rufen die politische Führung in Minsk auf, die Repression unverzüglich zu beenden und die politischen Gefangenen freizulassen."

Merkel bezeichnete die Abstimmung im August als "weder frei, noch fair, noch transparent". Es seien keine demokratischen Wahlen gewesen. Zugleich zeigte sie sich von der "Unerschütterlichkeit der belarussischen Demokratiebewegung tief beeindruckt" und versprach Konsequenzen für die örtlichen Behörden:

"Deutschland und die Europäische Union werden die Verantwortlichen für die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen in Belarus auch weiterhin zur Rechenschaft ziehen, wie wir es mit EU-Sanktionen schon getan haben."

Die massenhaften Protestdemonstrationen hatten in Weißrussland nach den Präsidentschaftswahlen am 9. August begonnen. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission in Minsk gewann der amtierende Staatschef Lukaschenko seine sechste Wahl mit 80,1 Prozent der Stimmen. Seine wichtigste Rivalin Tichanowskaja konnte demnach 10,12 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die weißrussische Opposition erkannte das Wahlergebnis nicht an. Seitdem kam es immer wieder zu landesweiten Protestzügen, an denen sich zehntausende Menschen beteiligten. Die Polizei ging mit Tränengas, Gummigeschossen und Blendgranaten gegen Demonstranten vor. Allein in den ersten Tagen wurden nach Angaben des Innenministeriums fast 7.000 Teilnehmer der nicht genehmigten Protestaktionen festgenommen. Hunderte Menschen, darunter Polizisten, erlitten Verletzungen. Die EU erkannte die Wahlen nicht an und verhängte gegen Lukaschenko und andere hochrangige

Beamte Sanktionen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/601f9626b480cc4bd52374b5.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 6. Februar 3:00 Uhr bis 7. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Haubitzen 122mm – einmal (12 Geschosse);

Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen - einmal (6 Schüsse); Antipanzergranatwerfer – einmal (3 Granaten); großkalibrige Maschinengewehre - einmal.

Richtung Mariupol: Antipanzergranatwerfer – zweimal (7 Granaten); automatische Granatwerfer – einmal (10 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Staromichajlowka, Leninskoje, Kominternowo.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 88.

Wir merken an, dass der Gegner gestern zum ersten Mal seit Inkrafttreten der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung Artillerie des Kalibers 122mm eingesetzt hat.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Washington kündigt Asylabkommen mit drei zentralamerikanischen Ländern

Die Vereinigten Staaten haben die unter dem früheren Präsidenten Donald Trump mit El Salvador, Guatemala und Honduras unterzeichneten Asylkooperationsvereinbarungen ausgesetzt und Verfahren zu deren Beendigung eingeleitet. Dies geht aus einer Mitteilung des US-Außenministers Anthony Blinken hervor.

Washington ergreife diese Maßnahmen, um einen kooperativen und respektvollen Ansatz für das Migrationsmanagement in der gesamten Region zu etablieren. Die Behörden der genannten Länder wurden über diese Entscheidung informiert, so Blinken.

Die Transfers im Rahmen des Abkommens zwischen den USA und Guatemala sind seit Mitte März 2020 aufgrund von COVID-19 unterbrochen, und die Abkommen mit El Salvador und Honduras wurden nie vollständig umgesetzt.

„Um klar zu sagen: Diese Maßnahmen bedeuten nicht, dass die US-Grenze offen ist. Während wir uns dazu verpflichten, die rechtlichen Wege für Schutz und Chancen hier und in der Region auszubauen, sind die Vereinigten Staaten ein Land mit Grenzen und Gesetzen, die durchgesetzt werden müssen“, hieß es weiter.

Biden unterzeichnete am Dienstag drei einwanderungsbezogene Exekutivverordnungen, die sich auf die Überarbeitung des US-Asylsystems und den Umgang mit Migranten konzentrieren. Die Ankündigung von Blinken ist eine der ersten Änderungen des Systems. 2019 unterzeichneten die USA mit El Salvador, Guatemala und Honduras ein Migrationsabkommen, mit dem die Migration an der US-Südgrenze begrenzt werden sollte. Dem Abkommen zufolge mussten Migranten, die in den USA Asyl suchen, zunächst Schutz in diesen Ländern beantragen. Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Unterzeichnung der Abkommen scharf, da in diesen Ländern gefährliche Bedingungen herrschten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/11/549723_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_a2174cd5_cdbfb3e25e2a159aed43978a.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 6. Februar um 9:00 Uhr 2742 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2269 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 237 Todesfälle.

snnews.de: **EU-Diplomaten standen in Kontakt zu Nawalnys Anwälten**

Europäische Diplomaten haben während des jüngsten Moskau-Besuchs von Josep Borrell, dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, mit den Anwälten des Oppositionellen Alexej Nawalny kontaktiert. Dies geht aus einer Erklärung des EU-Chefdiplomaten hervor.

Borrell hielt sich vom 4. bis 6. Februar in Moskau auf.

Er traf mit Außenminister Sergej Lawrow sowie mit Vertretern russischer Gesellschaftsorganisationen und der akademischen Gemeinschaft zusammen. „Während des Besuchs von Borrell kontaktierten EU-Diplomaten mit den Anwälten von Nawalny“, wurde mitgeteilt.

Borrells Pressedienst hätte sich kurz vor dem Moskau-Besuch des EU-Chefdiplomaten mit „Nawalnys Team“ in Verbindung gesetzt, um ein Treffen Borrells mit dem russischen Blogger zu organisieren, hieß es.

Am vergangenen Montag hatte das Simonowski-Gericht in Moskau Nawalny zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Damit wurde die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es

um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, in eine Haftstrafe umgewandelt. Da die Zeit, die Nawalny in Hausarrest verbracht hatte, berücksichtigt wird, wird Nawalny – falls seine Verteidigung mit einer Berufung scheitert – ungefähr 2,5 Jahre im Gefängnis sitzen müssen.

Nach der Urteilsfällung appellierten führende westliche Länder, darunter die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, an die russischen Behörden, Nawalny freizulassen.

Bereits früher hatte das russische Außenministerium ausländischen Politikern, die die Situation um Nawalny kommentierten, geraten, das Völkerrecht zu respektieren und sich mit Problemen in ihren eigenen Ländern zu befassen. Der Kreml sei nicht gewillt, den aus dem Ausland ertönenden Erklärungen zu Nawalny Gehör zu schenken, hieß es.

Mzdnr.ru: Am 6. Februar wurden in der DVR 325 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 150 positiv, bei 24 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 7. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 21.706 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

8602 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 11.245 als gesund entlassen, es gibt 1859 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 54 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 10 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 42 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1293 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 600 mit Sauerstoffunterstützung (+11 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snanews.de: Deutschland meldet Nato Rekordausgaben für Verteidigung

Deutschland erhöht erneut seine Verteidigungsausgaben innerhalb des Nato-Bündnisses. Nach dpa-Informationen hat Berlin die Allianz bereits darüber informiert.

So soll die Bundesregierung für 2021 einen Betrag von 53,03 Milliarden Euro in die Brüsseler Bündniszentrale übermittelt haben. Dies entspricht einem Plus von 1,64 Milliarden Euro (3,2 Prozent) im Vergleich zu 2020. Für 2020 waren die Ausgaben in Höhe von gut 51,39 Milliarden Euro beziffert worden.

Mit solchen Zahlen hofft die Nato-Zentrale, den bündnisinternen Streit über die fairere Aufteilung der Gemeinschaftskosten weiter entschärfen zu können. Der frühere US-Präsident Donald Trump attackierte zuvor Berlin wegen seines vergleichsweise niedrigen Anteils der Ausgaben am Staatsetat.

Vor diesem Hintergrund wollen das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr auch bei den Finanzplanungen des Bundes für 2022 möglichst gut abschneiden. So spricht man in der internen „Finanzbedarfsanalyse 2022“ nach einem „Spiegel“-Bericht wieder über chronisch unterfinanzierte Streitkräfte. So heiße es in dem Bericht, „zahlreiche zur Erfüllung der Nato-Planungsziele erforderliche Rüstungsprojekte“ ließen sich mit der derzeitigen Finanzplanung „nicht oder nicht mehr zeitgerecht realisieren beziehungsweise initiieren“.

Während seiner Amtszeit hatte Trump mehrmals von anderen Bündnispartnern verlangt, ihre nationalen Militärausgaben bis 2024 auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte deutlich gemacht, dass er auch vom neuen US-Präsidenten Joe Biden Druck bei diesem Thema erwarte.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/09/83836_0:174:2661:1671_1440x0_80_0_0_ffa2223cda5192158af49026fa9cd1fa.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 7. Februar 2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **siebenmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**, auch unter Einsatz von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen.

So haben Strafsoldaten des 3. mechanisierten Bataillons der 28. mechanisierten Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko zweimal das Feuer auf **Staromichajlowka** eröffnet und 12 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, sechs Geschosse mit Schützenpanzern und drei Granaten mit Antipanzergranatwerfern auf die Ortschaft abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU fünfmal den Waffenstillstand verletzt und die Ortschaften **Leninskoje** und **Kominternowo** beschossen und dabei 12 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, acht Granaten mit Antipanzergranatwerfern, vier mit einem Unterlaufgranatwerfer und zehn mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Fall von kriminellem Beschuss am 2. Februar durch Kämpfer der 28. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Martschenko mit 82mm- und 120mm-Mörsern auf Signalnoje, über den wir zuvor berichteten, wurde von Vertretern der OSZE-Mission bestätigt. So haben die Beobachter im Bericht vom 6. Februar 2021 den Beschuss von Wohnhäusern erfasst sowie das Vorhandensein von frischen Kratern von Detonationen von Mörsergeschossen und Schäden an fünf privaten Häusern in der Gagarin-Straße 12, 13, 15 und 16 und der Pionerskaja-Straße 2.

Die Materialien zu diesem Verstoß wurden der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kommandeur der 28. Brigade Martschenko hinzuzufügen.

Das Kommando der OOS hat während der Arbeit einer Kommission des Generalstabs und des Büros des Präsidenten die **Praxis eingeführt, nicht kampfbedingte Verluste als kampfbedingt dazustellen und die Volksmiliz der DVR des Geschehens zu beschuldigen**. Die Mehrzahl von Fällen nicht kampfbedingter Verluste hängt mit Alkoholismus, betrunkenen Auseinandersetzungen mit Messerstechereien, Morden und Selbstmorden zusammen, die in

der Folge des Absinkens der militärischen Disziplin unter den ukrainischen Kämpfern sowie wegen der fehlenden Kontrolle von Seiten des Kommandos auftreten.

Gemäß Angaben unserer Quelle im Stab der 28. Brigade gab es in der Nacht vom 6. auf den 7. Februar in einer der Einheiten der 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte einen weiteren Fall von nicht kampfbedingten Verlusten. Trotz der zahlreichen Kontrollen durch Kommissionen haben drei Soldaten mit einem Dienstfahrzeug vom Typ „Uas“ eigenmächtig die Frontpositionen verlassen und sind in die Sushi-Bar „Food House“ in Marjinka gefahren, um müßig Zeit zu verbringen, wo sie alkoholische Getränke zu sich nahmen.

Das Fehlen der Soldaten auf den Positionen entdeckten Kontrolleure aus einer Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, die zu einer Inspektion auf die Positionen der 28. Brigade gekommen waren. Das Bataillonskommando organisierte eine Suche nach den verschwundenen Soldaten. Die miesen Deserteure, die davon über Telefon erfuhren, fuhren eilig zum Dienstort und beschlossen dabei die Route zu ändern und Zeit zu sparen.

In betrunkenem Zustand fuhren die ukrainischen Kämpfer auf eine Antipanzermine TM-62 auf. Infolge der Detonation starben der Soldat Poleschtschuk und der Soldat Podwisennyj an Ort und Stelle, der Soldat Parpetschenko wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus in Dnjepr eingeliefert.

Im Zusammenhang mit dem Vorfall sowie dem vollständigen Fehlen der Kontrolle über das unterstellte Personal berichteten die Kontrolleure über dem Generalstab der ukrainischen Streitkräfte über die reale Lage der Dinge in der Brigade. Die Kommission entschied, in den Einheiten der 28. mechanisierten Brigade eine Komplexe Überprüfung alle Waffengattungen und Truppen vorzunehmen.

Außerdem wurden in den letzten 24 Stunden **zwei weitere nicht kampfbedingte Verluste** in den Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ festgestellt.

So besuchte nach Informationen unserer Quelle der Soldat der 56. Brigade der ukrainischen Streitkräfte der Unterfeldwebel Marynjuk, der frei hatte, seine Lebensgefährtin Perwomajskoje, mit der er schon lange ein enges Verhältnis hatte. Bei einem Festmahl in der Wohnung kam ihr ehemaliger Ehemann zu der Frau, mit dem der Soldat in einen Streit geriet. Während des Konflikts gab der Mann einen Schuss mit einer von ihm mitgebrachten PM-Pistole auf den Unterfeldwebel Martynjuk ab. Eine vor Ort eintreffende Polizeipatrouille nahm den Schuldigen fest, der Soldat wurde mit einer Verletzung an der Schulter in ein Krankenhaus von Pokrowsk eingeliefert.

Ursache für die Zunahme der Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten der ukrainischen Soldaten sind auch nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen und die geringe Kontrolle über das unterstellte Personal von Seiten der unteren Kommandeure.

Weil er die regelmäßigen Ausschreitungen von Seiten von Kameraden und das vollständige Ignorieren von Seiten des Kompaniekommandeurs nicht ertrug, beschloss der Soldat der 35. Brigade Woronj, den Rest des Dienstes im Krankenhaus zu verbringen. Weil ihm nichts anderes einfiel, schoss sich Woronj auf seinem Kampfposten mit einer AK-74-Maschinenpistole in den Bauchbereich. Mit einer Schussverletzung wurde der Soldat in ein Krankenhaus von Tschassow Jar eingeliefert.

Bei einer vorläufigen Untersuchung stellten Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes zahlreiche Fälle nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen in den Einheiten der 35. Brigade fest, sowie die vorsätzliche Schädigung seiner Gesundheit von Seiten des Soldaten Woronj.

Da sie um ihre Posten fürchteten, weil der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol streng mit Bestrafung wegen Vorfällen während der Arbeit einer Kommission unter Leitung von Chomtschak gedroht hatte, wurde nach vorheriger Absprache mit dem Vertreter des GZKK der Ukraine Oberst Fedorenko Beschluss angegeben und diese nicht kampfbedingten Verluste als kampfbedingt dargestellt.

Wir empfehlen den Kontrolleuren, die von den örtlichen Kommandeuren zum Zweck der Verheimlichung der realen Lage an rechtzeitig vorbereitete Dienstorte und Positionen geführt werden, die übrigen Beobachtungsposten zu kontrollieren und sich vom vollständigen Niedergang der ukrainischen Armee zu überzeugen.

snanews.de: „Sputnik V“ bald in 25 Ländern zugelassen – RDIF

Der Leiter des russischen Direktinvestitionsfonds, Kirill Dmitriev, hat eine Prognose für die Registrierung des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ gegen COVID-19 im Ausland gestellt. „Bis Ende nächster Woche erwarten wir, dass insgesamt 25 Regulatoren, 25 Länder unseren Impfstoff genehmigen werden“, sagte Dmitriev in der Sendung des TV-Senders „Rossija 1“. Der Impfstoff wurde bereits in 20 Staaten zugelassen: Weißrussland, Argentinien, Bolivien, Serbien, Algerien, Palästina, Venezuela, Paraguay, Turkmenistan, Ungarn, Vereinigte Arabische Emirate, Iran, Republik Guinea, Tunesien, Armenien, Mexiko, Nicaragua und Republika Srpska sowie Libanon und Myanmar. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/0e/516943_0:61:972:608_1440x0_80_0_0_64a6eb6408a1c5f10f9a74cb8be7b82d.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Verletzung des ersten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen haben unsere Beobachter **vier Detonationen** im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 92. Brigade im Gebiet von Solotoje-4 festgestellt, infolge einer der Detonationen wurde ein ukrainischer Kämpfer verletzt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationieren die BFU weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 59. Panzergrenadierbrigade wurde die Stationierung von einem Schützenpanzer in der Nähe von Luganskoje festgestellt, außerdem die Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Nowoalexandrowka....

snanews.de: In Ecuador beginnt Präsidentenwahl

In Ecuador hat am Sonntag die Präsidentenwahl begonnen, berichtet dpa. Mehr als 13 Millionen stimmberechtigte Bürger sind aufgerufen, ihr Staatsoberhaupt sowie die Abgeordneten der Nationalversammlung zu wählen.

Insgesamt stehen 16 Präsidentschaftskandidaten zur Wahl. Als Favoriten unter ihnen gelten Umfragen zufolge der linke Ex-Minister Andrés Arauz und der konservative Bankier Guillermo Lasso. Der 36-jährige Arauz gilt als Zögling des früheren Präsidenten Rafael Correa. Er will im Fall seines Sieges die Subventionen erhöhen und das vom Internationalen

Währungsfonds geforderte Sparprogramm beenden. Lasso (65) steht für einen liberalen Wirtschaftskurs.

Für einen Wahlsieg in der ersten Runde werden die absolute Mehrheit beziehungsweise 40 Prozent bei einem Vorsprung von zehn Prozentpunkten auf den Zweitplatzierten benötigt. Chancen auf eine mögliche Stichwahl werden eingeräumt. Der amtierende Präsident Lenín Moreno darf nicht mehr kandidieren.

Ecuador ist wegen der Verfalls der Ölpreise und der Pandemie in einer tiefen Wirtschaftskrise. Vergangenes Jahr brach das Bruttoinlandsprodukt um elf Prozent ein. Armut und Arbeitslosigkeit nahmen stark zu.